

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Weich'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Bezugspreis:

Monatlich in Neuenbürg
M 1.50. Durch die Post
im Orts- und Oberamts-
bezirk, sowie im sonst.
inl. Verh. M 1.85 m. Post-
gebühren. Preise freilich.
Preis einer Nummer
10 J.

In Fällen höh. Gewalt
steht kein Anspruch auf
Lieferung der Zeitung od.
auf Rückerstattung des
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle
Poststellen, sowie Agen-
turen u. Austrägerinnen
jederzeit entgegen.

Verleger Nr. 4.

Enz-Ringstr. 24
O. B. - Spartele Neuenbürg.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile
oder deren Raum 25 J.
Reklame-Zeile 80 J.
Reklamo-Anzeigen 100
Proz. Zuschlag. Offerte
und Aufnahmestellung
20 J. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der
im Falle des Nichter-
haltens hinfällig wird,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Tarifände-
rungen treten sofort alle
früh. Vereinbarungen
außer Kraft.

Gerichtshand für beide
Teile: Neuenbürg.
Für tel. Auftr. wird keine
Gewähr übernommen.

Nr. 161.

Montag den 14. Juli 1930.

88. Jahrgang.

Deutschland

Berlin, 12. Juli. Wegen der beiden Ulmer Reichswehr-
offiziere, die beschuldigt werden, in der Reichswehr national-
sozialistische Zellen gebildet zu haben, ist die Voruntersuchung
abgeschlossen worden. Es ist möglich, daß die Verhandlung
am Ende des Monats August vor dem Reichsgericht
stattfindet. Die beiden Offiziere befinden sich noch im Unter-
suchungsgefängnis Moabit.

Der Lübecker Impfstoffskandal.

Berlin, 11. Juli. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss, den die Lübecker Bürgerschaft zur Aufklärung des
Zuglingssterbens eingesetzt hatte, hat seine Untersuchungen
abgeschlossen und ihre Ergebnisse in einem längeren Bericht
zusammengefaßt. Es handelt sich dabei, wie der „Abend“ mel-
det, um mehrere sensationelle Feststellungen. Der Bericht des
Ausschusses kritisiert zunächst die Tatsache, daß man die Vak-
zinimpfungen trotz der Warnung des Reichsgesundheitsamtes
in Lübeck einführte, wovon dem Reichsgesundheitsamt
nicht einmal Mitteilung gemacht wurde. Medizinischer Rat
Lübeck hat, so heißt es dann weiter, bei dem einführenden Vor-
trag vor seiner Behörde von dieser Warnung des Reichs-
gesundheitsamtes überhaupt nichts erwähnt. Bei der Durch-
führung des Verfahrens beschränkte man sich dann auf eine
intensive Propaganda und setzte für jedes geimpfte Kind eine
Reichsmark aus. Das Unheil selbst war in seiner Größe nur
möglich infolge Fehlens jeder ärztlichen Kontrolle über die
Wirksamkeit der „Fütterung“. Ueber die Behandlung der Va-
kzinkulturen hielt der Ausschuss fest, daß die Angaben des
Professors Deute nicht stimmten, daß vielmehr die Calmette-
Kulturen auf Kaffeebohnen und auf Kaffeebohnen gezogen
worden und daß diese Kulturen teilweise in demselben Brut-
raum aufbewahrt wurden wie die giftigen Tuberkularkulturen.
Dem Vertreter des Reichsgesundheitsamtes waren über die-
sen Punkt von Professor Deute dieselben alten Angaben ge-
macht worden wie dem Ausschuss. Der Ausschuss kommt zu
dem Resultat, daß bei diesem Vorfall die verschiedenen
Kulturen die verhängnisvolle Verwechslung vorgekommen sein
muß, und erklärt sich auf diese Weise den tragischen Verlauf
der Lübecker Calmette-Behandlung. Auf Grund weiterer Fest-
stellungen kommt der Ausschuss zu der Schlussfolgerung, daß
bei genügender Wachsamkeit aller Instanzen die verhängnis-
volle Wirkung mindestens drei Wochen früher festzustellen war
und daß zahlreiche Kinder der tödlichen Schädigung entgangen
wären. Am 26. April 1930 wurde Fütterungsüberfallose als
Todesursache eines Kindes — es war der dritte Todesfall —
als Folge der Calmette-Fütterung eindeutig festgestellt. Deute
ließ daraufhin den Impfstoff wegschütten. Es ist jedoch fest-
gestellt, daß von früher ausgegebenem Impfstoff auch noch
nach dem 26. April gefüttert wurde, und zwar nicht nur in
der Stadt, sondern auch im Krankenhaus selbst. Professor
Deute benachrichtigte Obermedizinalrat Alstedt und teilte ihm
mit, daß er angeordnet habe, die Calmette-Fütterung in aller
Eile durch ein anderes harmloses Verfahren zu ersetzen.
Hocheltern, nach Deuten, noch Kerze wurden von dieser
Maßnahme verständigt. Es wurden insgesamt 27 Kinder nach
der Feststellung der Tödtlichkeit des Mittels geimpft. In der
jüngsten Zeit, vom 26. April bis zum 14. Mai, wurde nichts
unternommen, um die Zahl der Erkrankungen festzustellen,
und nichts, um den erkrankten Kindern, die fast durchweg un-
ter heftiger Diagnose behandelt wurden, zu helfen. Dem
Ausschuss scheint das Verhalten der verantwortlichen Kerze
nach der Feststellung der ersten Todesfälle weitaus am ver-
hängnisvollsten.

Sozialpolitischer Ausschuss des Reichstags.

Berlin, 12. Juli. Der Reichstagsausschuss für soziale
Fragen setzte in seiner Abend Sitzung die Beratung über die
Kasse zur Krankenversicherung fort. Angenommen wurde
ein vorkontingenter Beitrag, wonach die im Handelsgesetz-
buch vorgesehene sechsmonatliche Gehaltszahlung im Falle
der Krankheit in Zukunft nicht mehr durch einen Dienstver-
trag angeschlossen werden kann. § 189 der Krankenversiche-
rungsverordnung erhält durch die Annahme eines Zentrum-
antrages folgende Fassung: „Der Anspruch auf Kranken-
versicherung ruht, wenn der Versicherte während der Krankheit
Arbeitsentgelt erhält. Für solche Versicherte hat die Sägung
entweder die Beiträge entsprechend zu kürzen oder das Kran-
kengehalt nach Wegfall des Arbeitsentgelts auf 60 v. H. des
Grundlohns zu erhöhen. Weiter wird das Sterbegeld nach
dem Grundlohn bemessen, der zuletzt für die Berechnung des
Krankenlohns maßgebend gewesen ist; das gilt auch für Bei-
tragspflichtige. Versicherte, die innerhalb der letzten sechs Mo-
nate mindestens drei Monate versichert waren, erhalten für
den Ehegatten und die unterhaltsberechtigten Kinder bis zur
Beendigung der ärztlichen Behandlung wie Versicherte.
Von den Kosten für Arznei- und kleinere Heilmittel wird die
Hälfte erstatet.“

Die Ledigensteuer abgelehnt.

Berlin, 12. Juli. Im Steueraussschuß des Reichstags gab
der Zentrumsvizepräsident Röhr bei der weiteren Beratung der
Rechnungsvorlagen eine Erklärung zu seiner gestrigen Abstim-
mung ab. Es sei unrichtig, daß durch seine Stimme die Ent-
scheidung herbeigeführt wurde. Durch seine Stimme habe sich
lediglich die Mehrheit auf 16 gegen 12 Stimmen erhöht. Der
Antrag wegen der Einbeziehung der Angestellten sei von zwei
in der Regierung vertretenen Parteien eingebracht worden
und entsprach vollständig der von der Zentrumsfraktion ver-
tretenen Auffassung. Nachdem gestern ein sozialdemokratischer
Antrag, den Zuschlag zur Einkommensteuer für die höheren
Klassen auf 10 Prozent zu bemessen, abgelehnt wurde,
haben der Ausschuss heute die Abstimmung über die Vorlage

vor, wonach dieser Zuschlag 5 Prozent betragen soll. Die ent-
sprechenden Bestimmungen der Vorlage wurden vom Ausschuss
abgelehnt. Nach längerer Aussprache wurde auch die Ledigen-
steuer mit der gleichen Mehrheit wie der Einkommensteuer-
zuschlag vom Ausschuss abgelehnt. Wegen der Ledigensteuer
stimmten Deutschnationalen, Sozialdemokraten und Kommuni-
stinnen. In der Aussprache hatte Reichsfinanzminister Dietrich
einen vorkontingenten Antrag zugestimmt, wonach von der
Ledigensteuer auch Personen befreit sein sollen, die Eltern
gegenüber unterhaltspflichtig sind.

Berlin, 12. Juli. Die innerpolitische Lage hat sich am
Samstag noch weiter zugeklüht. Im Steueraussschuß sind die
Deckungsvorlagen weiter verwickelt worden. Das hat
schließlich den Reichsfinanzminister Dietrich veranlaßt, in er-
regtem Tone den Ausschussmitgliedern zu erklären, daß die
Reichsregierung an einer zweiten Lesung im Ausschuss kein
Interesse mehr habe. Diese Mitteilung war dann wieder der
Ausgangspunkt für allerlei Kombinationen und Gerüchte. Im
Vordergrund stand selbstverständlich der Artikel 48. Man hatte
gehört, am Samstagabend in einer Unterredung zwischen
dem Finanzminister und den Finanzsachverständigen der Frak-
tionen, zu der auch einige Parteiführer hinzugesogen wurden,
Märkte herbeizuführen. Das ist nicht gelungen. Die Gegen-
sätze sind unauflöslich geblieben. Am Sonntag vormittag
um 10 Uhr will man nun erneut zusammentreten. Der
Reichsfinanzminister Dr. Dietrich war mit einem nochmaligen
Versuch, eine Einigung herbeizuführen, nicht einverstanden.
Er wollte eigentlich schon am Samstag mittag nach den Ab-
stimmungen im Steueraussschuß der Kanzler veranlassen, rei-
nen Tisch zu machen, wobei allerdings noch offen bleibt, ob
er mit den Deckungsvorlagen nimmer ins Plenum gehen oder
den außerparlamentarischen Weg — also mit Artikel 48 —
bevorzugen sollte. Minister Dietrich hat sich recht widerwillig
einer Vertagung der Besprechung am Sonntag ergeben. Es
ist aber anzunehmen, daß nun am Sonntag mittag, spätestens
am Sonntagabend die Situation endgültig nach der einen oder
anderen Seite hin geklärt ist. Das ist auch kaum noch eine
andere Möglichkeit gegeben ist, als mit Gewalt vorzugehen, ist
so ziemlich die einheitliche Ansicht im Reichstag am Samstag
abend gewesen. Die Sozialdemokraten haben durch ihr Ver-
halten bei der Abstimmung im Steueraussschuß gezeigt, daß
sie entweder alles oder gar nichts wollen. Sie haben damit
den Kanzler davon überzeugt, daß mit den Sozialdemokraten
eine Mehrheit nicht herbeizuführen ist. Das Gleiche gilt auch
für die Deutschnationalen, die bei den Abstimmungen eine
behemungslöse Oppositionspolitik trieben und dem Kanzler
auch die Möglichkeit nahmen, sich von rechts her Unterstützung
zu holen. Man vermutet nun, daß die Regierung am Montag,
aber spätestens am Dienstag, wenn die Besprechungen vom
Sonntag ergebnislos bleiben, die Steuernotverordnungen
erläßt. Der Reichstag wird aber dann noch nicht sofort in die
Sommerferien geschickt, weil er schließlich noch eine ganze
Reihe von Aufgaben zu lösen hat, und weil der Kanzler ihn
nicht so schnell aus der Verantwortung entlassen will. Da
gilt es vornehmlich, den Etat zu verabschieden, dann die Ab-
hilfe und einige andere Gesetze. Nach der Veröffentlichung
der Notverordnung muß aber auch damit gerechnet werden,
daß nun sofort von der einen oder anderen Seite ein Miß-
trauensantrag gegen den Kanzler eingebracht wird. Dann
wird sich herausstellen haben, ob der Reichstag den Etat
aufbringt, einem Mißtrauensantrag zuzustimmen und die Re-
gierung zu stürzen. Da im Reichstag nichts unmöglich ist,
muß mit einer derartigen Möglichkeit immerhin gerechnet
werden. Angesichts der herrschenden großen Unklarheit ist aber
jede Prognose verfehlt. Nur darf man sagen, daß schon
ein Wunder geschehen muß, wenn im letzten Augenblick doch
noch eine Verständigung herbeigeführt wird, und auch diese
kann sich dann nur noch auf die Deckungsvorlage beziehen
und im günstigen Falle auf die Kopfsteuer.

Keine Begünstigung Polens im deutsch-polnischen Roggen- Abkommen.

Berlin, 11. Juli. Von zünftiger Seite wird mitgeteilt:
In einem Teil der Presse ist die Behauptung verbreitet wor-
den, daß das neue deutsch-polnische Roggen-Abkommen für
Polen eine günstigere Quote vorrheißt als das alte Abkommen.
Jwar sei grundsätzlich die Relation 60:40 beibehalten worden;
unter gewissen Voraussetzungen könne aber auch eine Steige-
rung der polnischen Quote auf 50 Prozent ausnahmsweise
erfolgen. Demgegenüber ist festzustellen, daß gegenüber dem
alten Vertrage keinerlei Begünstigung Polens eingetreten ist.
Es bleibt auch für die Dauer des neuen Vertrages bei der
Quote von 60:40 zugunsten von Deutschland. Jwar sind bei
der jetzigen Quotenberechnung gewisse Fälle vorgesehen, in
denen Polen an den Roggenverkäufen mit 50 Prozent be-
teiligt wird. Demgegenüber stehen auf der anderen Seite
Fälle, in welchen Deutschland aus dem Tagesverlauf eine
Quote von 70 zu 30 erhält, so daß durchschnitlich für Deutsch-
land die Möglichkeit sichergestellt ist, die bisherige Quote von
60 zu 40 zu erreichen.

Verabschiedung des Nominalzinsfußes für festsichere Wertpapiere.

Berlin, 11. Juli. Im Reichswirtschaftsministerium fanden
gestern Verhandlungen mit dem Zentralverband des deutschen
Bank- und Bankiergewerbes (Sonderausschuß für Hypotheken-
bankwesen), dem Verband öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute
und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband über die
gegenwärtige Lage des Kapitalmarktes, insbesondere über die
Ausgestaltung der festverzinslichen Werte statt. Nach längerer
Aussprache konnte die einmütige Auffassung festgehalten werden,
daß der Übergang zum Prozentigen Nominalzinsfuß mit
allen Mitteln gefördert werden muß. In diesem Zweck wird

der Verband auf die Mitgliedsinstitute dahin einwirken, daß
das zünftige Regelwerk möglichst nur nach der Grundlage
des Prozentigen Typs vorgenommen wird und daß insbeson-
dere jede öffentliche Werbung für den Abschlag prozentiger
Werte unterbleibt. Ferner soll die Kurspflege, der schon in
letzter Zeit von verschiedenen Stellen eine erhöhte Aufmerk-
samkeit zugewendet wurde, jetzt mit Nachdruck gefördert wer-
den und zwar in erster Linie zugunsten der im Kurs hinter
den Standardwerten zurückgebliebenen Werte. Schließlich hat sich
der Verband im Interesse der Darlehensklassen bereit erklärt,
eine Senkung der Emissionskosten insbesondere auch eine Be-
schränkung der Konifikationen und der sonstigen Vermittlungs-
gebühren herbeizuführen. Das Reichswirtschaftsministerium
hat die baldige Fortsetzung der Verhandlungen in Aussicht ge-
nommen.

Ausland.

Paris, 11. Juli. Der autonomistische Stadtrat von Stras-
burg hat beschlossen, am französischen Nationalfeiertag, dem
14. Juli, weder ein Feuerwerk abzubrennen, noch die Katho-
edrale zu beleuchten, noch das der Stadt im Jahre 1919 von
Boinard verliehene Wappenschild der Ehrenlegion öffentlich
zur Schau zu stellen.

London, 12. Juli. Die englische Antwort auf Friand's
Angebot wird zurückhaltend, aber im Ton freundlich sein.
Rumänien und Dänemark stimmen im allgemeinen Friand zu.

Propaganda im Flugzeug.

Mailand, 12. Juli. Aus einem Freitag nachmittag über
der Stadt Mailand kreuzenden Flugzeug sind zahlreiche revo-
lutionäre Flugblätter gegen das faschistische Regime abgeworfen
worden. Sie waren verkleidetermaßen und sowohl an die Kr-
beiter wie an die Bürgerschaft gerichtet, indem sie im Namen
der Gerechtigkeit und Freiheit zur Aufhebung gegen das
faschistische Regime aufforderten, um durch einen Umsturz ein
freies republikanisches und demokratisches Italien zu schaffen.
Andere Manifeste enthielten die Aufforderung, nicht mehr zu
runden, um dadurch die Regierung durch Verminderung der
Revolutionsmaßnahmen zu schädigen. Sobald die Behörden von
dem seltsamen Vorfall Kenntnis erhielten, ließen sie Militär-
piloten mit Jagdflugzeugen starten, um die Verfolgung des
Flugzeuges aufzunehmen. Doch hat sich das Flugzeug wieder
unerkannt enternnt. — Die Fortsetzung und das tragische Ende
dieses abenteuerlichen Propagandafalles schildert folgender
Drohtbericht aus Genf: Ein von Italien kommendes Flug-
zeug flog Freitagabend nach 6 Uhr über das besetzte Got-
thard-Gebiet, dessen Ueberfliegen allen ausländischen Flug-
zeugen strengstens verboten ist. Von dem Besatzungsbesatz
wurde der Flieger eifrig beobachtet, kam aber infolge des
Nebels zeitweise außer Sicht. Wöglich lief die Meldung ein,
daß das Flugzeug 60 Meilen nördlich des Gotthard-Vor-
landes gegen eine Felswand gestossen und abgeürzt sei. Der
Flieger war, als er die unabwendbare Gefahr gewahrte, aus
50 Meilen Höhe abgesprungen und trotz schwerer Knochenbrüche
noch am Leben, als man ihn auffand. Er gab an, Vacelli zu
heißen und in Paris zu wohnen. Angeblich hätte er heimlich
seine Eltern in Mailand besucht und sei auf dem Rückflug
gewesen. Jurett glaubte man an einen wohl tollkühnen Ver-
such von Militärspionage, schließlich erfuhr man aber, daß es
sich um das geheimnisvolle Flugzeug handelte, das am Freitag
nachmittag über Mailand revolutionäre Flugblätter abgewor-
fen hatte.

Die Post des Diktators.

Paris, 12. Juli. Schneller als erwartet, wurden am Frei-
tagabend in der französischen Kammer vom Ministerpräsi-
denten Lardieu und im Senat vom Justizminister Peret die
Diktate verlesen, auf Grund derer beide Häuser des Parla-
ments in die Ferien geschickt werden. Im Senat ging die
Formlichkeit ohne jeden Zwischenfall vor sich, während in der
Kammer die Erklärung Lardieu's: „Die Sitzung ist und bleibt
geschloffen!“ mit ohrenbetäubendem Lärm von der Linken und
Rechtskräften von der Rechten aufgenommen wurde. In der
Sitzung, die noch eine halbe Stunde andauerte, verlangten
einige Abgeordnete der Opposition, darunter Derriot und Leon
Blum das Wort zur Geschäftsordnung, um gegen die „plötz-
liche Unterbrechung der parlamentarischen Arbeiten“ zu prote-
stieren. Bevor die Regierung die Schlussurkunde verlas, konnte
sie bei der Abstimmung über die Justizreformvorlage nur eine
Mehrheit von 18 Stimmen für sich haben. Nach der unter
ungeheurem Lärm fortgesetzten Verlesung des Schlusdefrets
und des durch Derriot von der Tribüne herab kundgegebenen
Protestes gegen den Abbruch der Kammer-session haben die
Linksparteien, und zwar die Sozialisten, die Radikalen Sozialen
und die Sozial-Republikaner einen gemeinsamen schriftlichen
Protest gegen den Abschluß der Parlamentararbeiten, sowie
gegen das Verhalten des Ministerpräsidenten Lardieu einge-
bracht, der, wie es in dem Schriftstück heißt, die Session nur
deshalb abgebrochen habe, um sich den wachsenden Schmier-
gelden zu entziehen. Die Führer der Linksparteien haben des
weiteren auf den großen Schaden hingewiesen, der dem Lande
durch den Ausschuss so lebenswichtiger Gesetze wie das zur
Debung der französischen Nationalwirtschaft erwachsen könnte.

Der Fall Rutenhoff.

Paris, 12. Juli. Die Affäre Rutenhoff ist plötzlich wieder
nach längerer Vergessenheit ins helle Licht der Aktualität ge-
treten. Der russische Journalist Rutenhoff, der sich wie zahl-
reiche russische Emigranten eifrig als Privatdetektiv betätigt
hatte, veröffentlicht heute die sensationelle Nachricht, daß Rute-
hoff gleich nach seiner Entführung durch die Agenten der
O.S.A. ermordet worden sei. Allerdings sei dieser Bericht nicht
beachtenswert gewesen. Er sei vielmehr darauf zurückzuführen,



daß man dem General eine allzu starke Dosis eines Betäubungsmittels verabreicht habe. Die angelegten Agenten seien sofort nach ihrer Rückkehr nach Moskau zum Tode verurteilt und erschossen worden.

Bestimmung im Osten.

Marienburg, 12. Juli. Im Mittelpunkt der zehn-jährigen Jubiläumsgedächtnisfeier stand am Samstag die Kundgebung der Jubiläumskommision in der alten Ordensstadt Marienburg. Ein Sonderzug mit 600 Vertretern der Verbände der heimattreuen Ost- und Westpreußen aus allen Teilen des Reiches traf am Vormittag ein. Vor dem Bahnhof formierte sich der große Festzug, dessen Spitze 6 Reiter in Ordensrittertracht bildeten. Unter dem Jubel der Bevölkerung bewegte sich der Zug zum Marktplatz, wo er mit dem Deutschlandlied empfangen wurde. Landrat Hebehn begrüßte die Teilnehmer des Festzugs im Namen der Kreisverwaltung und wies darauf hin, daß die Abstimmung vor 10 Jahren die völlige Deutschheit der westpreussischen, ermländischen und masurenischen Lande bewiesen habe. Oberbürgermeister Bawelitz begrüßte die 600 Vertreter der Hunderttausende, die der Ostmark in schwerer Zeit die Treue bewahrt haben. Oberingenieur Scheuermann hob hervor, daß heute, wo der Rhein frei sei, auch die Freiheit der Ostmark und die Befreiung des Korridors erkämpft werden müsse. Graf von Baudisch, der frühere Abstimmungskommissar von Westpreußen, welche zum Schluß die Jahre des russisch-sowjetischen Donatvereins der heimattreuen Ost- und Westpreußen.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 13. Juli. Der Turnverein hielt am gestrigen Samstagabend eine Versammlung ab, in welcher u. a. die Vorbereitungen zu dem am 27. Juli hier stattfindenden Jugendturntag des unteren Bezirks des Unteren Schwarzwald-Rhodes-Turgenaus soweit möglich getroffen wurden. Zusammenkünfte in der Schlossruine und im Schlosshof selbst. Der Hauptteil wird am dem Turnplatz abgehalten. Es ist beabsichtigt, die Jugendturner und Schiiler zum Mittagessen als Gäste der Einwohnerstadt zu beherbergen, damit ihnen keinerlei Unkosten entstehen. Es wäre daher erwünscht, daß die Mitglieder, welche einen oder zwei Jugendturner zum Mittagessen nehmen wollen, dies rechtzeitig der Vorstandschaft oder den Ausschuhmittellern mitteilen, damit die Einteilung geregelt vor sich gehen kann. Auch die übrige Einwohnerstadt ist davon nicht ausgenommen. Um jedoch die entstehenden Kosten einigermaßen zu decken, soll dann abends auf dem Turnplatz ein kleines Sommerfest abgehalten werden, zu welchem Zweck der Turnplatz durch Lampen beleuchtet wird.

Neuenbürg, 14. Juli. Eine angenehme und freudige Ueberrraschung bereiteten gestern Abend unsere beiden Gesangsvereine „Viederkranz“ und „Freundschaft“ nach der Heimkehr vom 1. Gauledertfest des Enggaus des Schwab. Sängerbundes in Calmbach. Beide Vereine nahmen am Wertgefang teil; der „Viederkranz“ im Einsachen Kunstgefang, die „Freundschaft“ im gehobenen Volksgefang. Der Vobn angestrebter wochenlanger Arbeit unter den Chorleitern Oberlehrer Hoffert, Dietlingen vom „Viederkranz“ und Eugen Mayer, Dachsenfeld von der „Freundschaft“ blieb nicht aus: Beide Vereine kehrten je mit einem ersten Preis ihrer Klasse zurück und wurden am Stadtbahnhof von der Kapelle des Musikvereins in freundschaftlicher Weise empfangen und im Triumpbzuge mit wehenden Bannern durch die Stadt auf den Marktplatz geleitet. Gemeinsam sangen die Vereine den Schwab. Sängerspruch, dann trug die „Freundschaft“, deren Chorleiter vorgezogen abtreten mußte, ihren Preischor „Die letzte Nachtwache“ mit Bariton- und Bassrollen, darnach der „Viederkranz“ seinen Preischor „In den Alpen“ vor. Zum Schluß sangen wiederum beide Vereine gemeinsam die Wiltstörche „Im Ständlein wohl vor Tag“ und „Schiffeslied“. Sowohl die Preischöre wie die gemeinsamen Gefänge, welche letztere bei einer Stärke von rund 100 Sängern von überwältigender Wirkung waren, wurden von einer zahlreichen Zuhörerschaft dankbar aufgenommen und mit reichem Beifall belohnt. Wer wäre nicht aufs freudigste bereit gewesen über die gemeinsamen, geschlossenen Darbietungen beider Vereine, die dem Schwab. Sängerbund angehören, zeigten sie doch die einigende Kraft des deutschen Liedes! Darauf markierten die Vereine mit wehenden Bannern, um einen schönen Erfolg reich, in des Volkshauses zum „Schiff“ beim in den „Grünen Baum“, wo der Dienstag, er sei ein sehr vermöglicher Mann, und man könne ihm voll vertrauen.

mit Ansprachen gefeiert und den Sängern, vor allem aber den unermüdblichen Chorleitern Dank ausgesprochen wurde und manches Lied erkundete zu Ehren des deutschen Männergesanges.

Neuenbürg, 14. Juli. Das am gestrigen Sonntag in Calmbach stattgehabte 1. Gauledertfest des Enggaus-Sängerbundes des Schwab. Sängerbundes verbunden mit dem 70-jährigen Jubiläum des dortigen Gesangsvereins „Viederkranz“, welches sowohl am Samstag wie in den Vormittagsstunden des Sonntags sehr unter der Äugust der Bitterung litt, hatte folgendes Ergebnis:

1. **Einsacher Volksgefang.** Je einen 1. Preis: Eintracht Kurich, Harmonie Diefenbach, Viederkranz Reiterzimmern, Konfordia Binacke, Eintracht Schmie, Viederkranz Zersheim, Gesangsverein 1919 Sprollenhaus, je einen 2. Preis: Viederkranz Dabel, Sängerbund Romersheim.

2. **Gehobener Volksgefang.** Je einen 1. Preis: Viederkranz Engelsbrand, Viederkranz Enzweilingen, Sängerbund Döfen, Freundschaft Neuenbürg, Viederkranz Kujdorf, Kroßhau Schillingen; je einen 2. Preis: Sängerbund Grundach, Viederkranz Schillingen.

3. **Einsacher Kunstgefang.** Je einen 1. Preis: Sängerbund Grafenhausen, Viederkranz Raulbrunn, Viederkranz Neuenbürg, Sängerbund Detelsheim; einen 2. Preis: Viederkranz Wildbad.

Die Reihenfolge geschah streng und alphabetischer Ordnung ohne Angabe von Punkten; die Preise bestanden in einer schlichten Ehrenurkunde, zu welcher der festgebende Verein eine Medaille beifügte, da bei den Veranstaltungen des Schwab. Sängerbundes die Vereine nicht um Geld und Gut ringen, entgegen den Veranstaltungen bei anderen Sängervereinen. Die am Ehrentage sich beteiligenden Vereine Sängerbund Birkenfeld und Männergesangsverein Rühlader erhielten je eine Ehrenurkunde. Gauvorstand Verwaltungsaktuar Räder, Raulbrunn gab bekannt, daß das Preisgericht sich in günstigem Sinne über die je nach den Leistungen aussprach und das Ergebnis gegenüber jenem beim letzten Gauledertfest in Raulbrunn besonders in den höheren Stufen einen großen Fortschritt bedente. Auf den Verlauf des Festes kommen wir noch zurück.

Neuenbürg, 14. Juli. Vor dem erweiterten Schöffengericht wurde am Freitag gegen den ledigen, 23-jährigen Optiker Alexander Seitz aus Forstheim wegen verurteilter Rotznöt verhandelt. Seitz hatte, wie i. B. berichtet, am Freitagmorgen nachts ein durchaus anständiges Mädchen etwa gleichen Alters, Tochter adtharer Gräfenhauser Bürgermeiste, in geradezu bestialischer Weise mißhandelt und seinen verbrecherischen Absichten gefähig zu machen versucht; es hätte nicht viel mehr bedurft, daß das Mädchen tot auf dem Plage geblieben wäre. Der Anhold entzog sich damals der Verhaftung durch die Nacht, wurde aber bald darauf bei Radel in der Wals, von wo aus er die Grenze überschreiten wollte, um sich in die Fremdenlegion zu melden, verhaftet und hier eingeliefert. Die Verhandlung, welche unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, ergab ein Bild tiefer Verkommenheit und stiller Verwilderung eines jungen Menschen; sie endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu drei Jahren Zuchthaus; er nahm die Strafe an.

Wetterbericht. Im Westen liegt Hochdruck, im Osten eine weit ausgeübete Depression. Für Dienstag und Mittwoch ist noch unbedeutendes, zu Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 12. Juli. In den beiden letzten Gemeinderats-sitzungen am 8. und 10. d. M. hand der vom Ortsvorsteher und Gemeindevorsteher unter Leitung des Ortsbauamteisters aufgestellte Entwurf zum Gemeindeveranschlag für die Zeit vom 1. April 1930 bis 31. März 1931 zur Beratung. Gemäß Art. 124 der Gemeindeordnung war der Entwurf des Veranschlag 1930 auch der Firma Colar Schend hier zugestellt worden, die Einwendungen nicht erhoben hat. Auf Grund der Vorberatung in den einzelnen Fraktionen wurde der Veranschlag eingehend durchberaten und über kritische Punkte, insbesondere über die Notwendigkeit und die Höhe verschiedener Ausgabeeposten besonderer Bericht gegeben. In einer schriftlichen Erklärung legte der Ortsvorsteher sodann seinen Standpunkt über den Entwurf des Gemeindeveranschlag dar und wies insbesondere darauf hin, daß in den Ausgabeeposten nur das Allernotwendigste enthalten sei, um die Gemeindeaufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen. Dabei seien aber im Veranschlag nicht einmal Mittel eingebracht für die Durchführung von Notstandsarbeiten, womit bei der heute schon ganz erheblichen Arbeitslosigkeit der hiesigen Gemeindegemeinde

mit zierlicher Sicherheit gerechnet werden muß. Man muß sich deshalb klar darüber sein, ob aus dieser Notwendigkeit heraus eine Erhöhung der Gemeindeumlage zweckmäßiger ist, da dann auch höhere Zuschüsse und Ueberweisungen in die Gemeindekasse fließen würden. Gemeindevorsteher als Vertreter der bürgerlichen Fraktion macht eingehende und interessante Ausführungen über die allgemeine Wirtschaftslage in Reich, Land und Gemeinden und weist darauf hin, daß der verantwortungsbewusste Staatsmänner überall zur Ausgabe-senkung mahnen, denn dies sei erste Voraussetzung, um unser darniederliegende Wirtschaft wieder konkurrenzfähig zu machen. Gerade aber auch bei den Gemeinden müsse größte Spar-samkeit herrschen, um die durch Reichs- und Landesveruern ihnen überaus hart belasteten Gewerbetreibenden und alle bestreben Kreise nicht mit zu hohen Gemeindeabgaben dem wirtschaftlichen Ruin entgegen zu führen. Namens der bürgerlichen Fraktion wird daher der Antrag gestellt, die Gemeindeumlage für 1930 auf 24 Prozent der Ertragskataster, wie im Vorjahre zu belassen. Gemeindevorsteher bringt zu diesen Ausführungen um Ausdruck, daß auch die sozialdemokratische Fraktion größte Spar-samkeit als oberstes Gebot erachte. Es dürfe aber nicht soweit gehen, daß unbedingt nötige Aufgaben in der Gemeindeverwaltung aus übertriebenen Spar-samkeitstendenzen zurückgestellt werden. Es habe sich gerade hier in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, daß durch die fortwährende Zurückstellung von Gemeindeaufgaben sehr schädigende Auswirkungen sich geltend gemacht haben, die ihren Niederschlag in einer fortwährenden Schuldenaufnahme fanden. Der Entwurf zum Veranschlag sei so aufgestellt, daß fast keine Mittel für außerordentliche Fälle, wie die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit vorhanden seien. Er stelle deshalb den Antrag, die Gemeindeumlage für 1930 auf 26 Prozent der Kataster festzusetzen. Nachdem sich noch verschiedene Redner für und gegen eine Erhöhung der Umlage ausgesprochen hatten, wurde zur Abstimmung geföhrt. Dabei erhielt der Antrag Komar 5 Stimmen, jedoch er als abgelehnt und der Antrag Bester als angenommen gilt. Der Veranschlag für 1930 wird hiermit in einem Abmangel von insgesamt 246 800 M.M. festgesetzt. Dieser Abmangel soll neben den Reichssteuerüberweisungen Schulgebühlsstaatsbeitrag usw. durch eine 2-prozentige Gemeindeumlage gedeckt werden, wobei sich dann immer noch ein ungedeckter Abmangel von 70 700 M.M. ergibt, der als Zuschuß aus dem Ausgleichsfond angewendet werden soll. Folgende Tabelle im Veranschlag sind enthalten bei den Einnahmen: Miet- und Pachtzinsen 6000 M.M., Zins-erlöse 25 000, Pachtgeld aus der Schafweide 1400, Zinsen aus Darlehen 1500, an Steuern werden eingehen für Wohnsteuer 2500, Gemeindeanteil an der Grundsteuer 200, Feuersteuer 4000, Hundsteuer 2100, Wertzuwachssteuer 1000, Vermögenswertsteuer 1000, Gebühlsstaatsbeiträge 2500, Verwaltungsgebühren 2000, Feuerwehrgeld 200, Kinderzuschlag 60, Wasserzinsen 15 000, Beiträge für den Anschluß an die Ortswasserleitung 500, Bodengeld 1100, Geldstrafen 600 und Kanalisationsbeiträge mit 200 Reichsmark. Diesen Einnahmen stehen nachstehende hauptsächlichste Ausgaben gegenüber: Unterhaltung der Gemeindegebäude 15 000 M.M., Aufwands im Steinbruch 1500, Waldgut und Staatsbeitrag für Wirtschaftsführung 400, Kulturkosten und Dolmetscher 14 000, Unterhaltung der Geräte 1000, Tilgungsraten aus dem Kapitalschulden 20 000, Zinsen aus den Schulden 28 000 Mark, an Steuern sind zu zahlen aus dem Ertragskaster der Gemeinde mit Grundbesitzbeitrag usw. 1800 M.M. und die ganz bedeutende Aufwandsveranschlagung mit 26 500 M.M., die Brödlungen erfordern 28 000, die Kanalisations- und Schreibmaterialien, Heizung und Telefon, Postkosten 700, für die öffentliche Fürsorge sind erforderlich 7100, Anteil der Gemeinde an der Sozial- und Kleinrentenfürsorge 4000, Aufwand und Zuschuß für die Feuerwehr 2000 M.M., für die vollausgebildete Volksschule werden an Gehältern, Vermitteln, für Heizung und Beleuchtung usw. benötigt 16 000 M.M., für die Kinderschule 3500, für die Wasserversorgung sind erforderlich 7500, für die Fahrenhaltung 1800, für den Feldschutz 4700, für die Pferdehaltung 4000 M.M., der Bau und die Unterhaltung der Ortsstraßen einschließlich der Durchführung verschiedener Kanalisations usw. neben der Beleuchtung der Straßen erfordert den Betrag von 12 750 M.M. zu dem Gemeindeveranschlag wurde auch beschlossen, mit Wirkung vom 1. April 1931 die Hundsteuer zu erhöhen und zwar für den ersten Hund auf 25 M.M., für den zweiten auf 10 M.M., und für den dritten und jeden weiteren Hund deselben Besitzers auf 5 M.M. Die arbeitsreichen Sitzungen des Gemeinderats fanden mit der Erledigung von Bürgerkaufstücken usw. ihren Abschluß.

Carlos Puenta

27 Roman von Kurt Martin

„In einem Kaffee hier in der Stadt.“
„Gut.“
„Es war im Oktober vergangenen Jahres.“
„Und dann weiter?“
„Ja, der Herr interessierte sich sogleich für Erna. Und meine Tochter fand Gefallen an ihm. — Er ist ja auch eine nette Erscheinung.“
„Wie sieht er aus?“
„Er hat schwarze Augen, schwarzes Haar, glatt rasiert.“
„Noch grüß zum Telefon.“
„777. — Herr Kriminalinspektor! — Hier ist Kopf! — Bitte, kommen Sie sogleich hierher! — Hier ist eine Dame, die ganz sonderbare Dinge erzählt. — Bringen Sie das Bild von Carlos Puenta mit! — Ja, kommen Sie recht rasch! Es ist mir sehr lieb!“
Er wandte sich wieder an die Besucherin.
„Herr Kriminalinspektor Stein wird bald hier sein. Er wird die Angelegenheit sogleich in die Hand nehmen. — Also im Oktober lernte Ihre Tochter den Herrn Burmeister kennen?“
„Ja. Er begleitete sie zu unserem Hause. Sie trafen sich wieder; einmal war ich dabei. Ich lud ihn zu uns ein. — Er hatte meiner Tochter viel erzählt. Er kam aus Buenos Aires, besah dort große Hobelben und Ländereien. Sein Vater ist doerhin ausgewandert und hat es zu großem Wohlstand gebracht. Nun sucht Herr Burmeister sich eine deutsche Frau. — Ja, schließlich ward er um Erna.“
„Wann?“
„Anfangs November.“
„Sie willigten in die Verlobung?“
„Ich hatte freilich Bedenken; aber er gewann wirklich mein Vertrauen. Er dat mich, ich solle mich doch in Buenos Aires nach ihm und seinen Verhältnissen erkundigen. — Er setzte selbst das Rabelteleogramm auf. Die Antwort war sehr befriedigend; sie besagte, Herr Burmeister sehe in großem

Ansehen, er sei ein sehr vermöglicher Mann, und man könne ihm voll vertrauen.“
„Das beruhigte Sie?“
„Ja. — Erna war überglücklich.“
„Kalt!“
„Herr Burmeister mußte dann verreisen. Er hatte noch viele Geschäfte in Europa zu erledigen. Gestern ist er wiedergekommen. Er kann aber nur ganz kurze Zeit bleiben. Und nun befragt er, Erna solle sich sogleich mit ihm trennen lassen und mit ihm hinüberfahren. Das kommt mir alles so überraschend. Ich kann mich eben nicht in den Gedanken finden, daß ich mein Kind so weit forjeben soll. — Und nun lese ich das alles in der Zeitung.“
„Gut! — Wo weilt Herr Burmeister jetzt?“
„Er hat heute früh aus dem Hotel angerufen.“
„Wo wohnt er?“
„Im Continental-Hotel.“
„Gut. — Was sagte er heute früh?“
„Er fühlte sich nicht ganz wohl und werde erst zum Abend bei uns vorjprechen.“
„Wo ist Ihre Tochter?“
„Daher.“
„Welch sie, daß Sie hier sind?“
„Am Himmelsoffen! Sie würde außer sich sein, wenn sie es wüßte. — Es ist ja vielleicht auch sehr töricht von mir! — Aber Sie werden mich verstehen.“
„Vollkommen! Sie haben sehr richtig gehandelt.“
„Ja, und würden Sie sich vielleicht noch einmal amtlich in Buenos Aires nach Herrn Burmeister erkundigen?“
„Selbstverständlich! — Warten wir, bis Herr Kriminalinspektor Stein kommt!“
„Ich möchte aber nicht, daß Herr Burmeister etwas von dieser Erkundigung erföhrt.“
„Ja, ja!“
„Meine Tochter liebt ihn. — Ich glaube ja selbst, daß sie an seiner Seite glücklich wird.“
„Gut.“
„Man wird eben ängstlich, wenn man so etwas liest.“
„Frau Dallinger schen schon wieder halb und halb zu bereuen, den Staatsanwalt aufgesucht zu haben. Sie fragte ihn:

„Oder meinen Sie, wir sollten lieber nicht noch einmal Erkundigungen einholen? — Es könnte doch sein, daß es Herr Burmeister erföhrt. — Er wendet sich dann vielleicht entrißelt von uns, und meine Tochter wird sehr unglücklich.“
„Wir wollen einmal sehen!“
„Er kostete. Stein trat ins Zimmer. Der Staatsanwalt berückelte ihn kurz. Schließlich dat er:
„Jagen Sie doch Frau Dallinger einmal das Bild!“
Stein zog die Photographie hervor und reichte sie der Frau.
„Verwandert tief Frau Dallinger:
„Das ist ja Herr Burmeister! Wie kommen Sie zu dem Bild?“
Steins Gestalt krochte sich. Seine Augen nickten drohend.
„Nein, das da ist Carlos Puenta!“
Die Frau schrie schrei auf.
„Richt! — Richt! — Oh Himmel, meine Erna! Reiten Sie mein Kind! — Mein Kind! — Wenn er es inzwischen geröhrt hat!“
Sie brach ohnmächtig zusammen.
Paul Stein überließ es dem Staatsanwalt, der Frau Hilfe zu leisten. Er eilte hinab auf die Straße. Rasch schritt er seinem Chauffeur Straße und Hausnummer zu, die ihm Frau Dallinger vorher genannt hatte, und sprang in den Wagen.
„Fahren Sie so schnell wie möglich!“
Während der Fahrt reichte er dem Chauffeur einen Revoilder nach vorn.
„Steden Sie ein! — Nötigenfalls müssen Sie mit helfen.“
„In brauchen Sie vielleicht eine Waffe!“
Als sie in die Seidlichstraße einbogen, sah Stein vor einem Hause ein Auto stehen, das eben eine Dame, von einem Herrn geföhrt, bestieg. Sie waren sehr dem Wagen ganz nahe. Stein las die Hausnummer. — 86! Das war das Haus! — Und da im Wagen sah Carlos Puenta! Unzweifelhaft war er es! — Die Dame neben ihm war sicherlich Erna Dallinger. —
Er rief.
„Fraulein Dallinger!“
Das Mädchen wandte den Kopf.

(Fortsetzung folgt)



Brand aus, der innerhalb von 2 Stunden den gesamten Inhalt des Warenhauses vernichtete und einen Schaden von ungefähr 30 Millionen Franken verursachte. Selbstverständlich war die gesamte Pariser Feuerwehr ausgerückt. Auch ein großer Teil der Bevölkerung war auf den Beinen und verfolgte das Schauspiel, das den Nachthimmel weithin bläutlichte. Während des Brandes kürzten verschiedene Häuser ein. Dabei wurde ein Feuerwehrmann schwer und 2 andere leicht verletzt. Die Bewohner der umliegenden Häuser waren gefährdet und mußten ihre Wohnungen verlassen. Es dauerte über zwei Stunden bis die erste Gefahr vorüber war. Von dem Rathaus blieb außer den Mauern nichts mehr übrig. Die Brandursache ist unbekannt. Man neigt zu der Meinung, daß das Feuer infolge eines Schadens an einer Gasleitung ausbrach. Es entstand in einer Abteilung, in der Gartenmöbel, die frisch mit Lackfarbe angestrichen waren, aufgestapelt waren.

Eine Million für Neurode.

Berlin, 12. Juli. Der Haushaltsausschuß des Reichstags befaßte sich am Samstag zunächst mit der geplanten Hilfsaktion für die Opfer des Neuroder-Grubenunglücks. Es wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der die Regierung ermächtigt, dem Oberbergamt Breslau einen Betrag bis zu einer Million Mark zu überweisen mit der Aufgabe, daß auch bei vorangehenden oder etwa nachfolgenden Grubenunfällen im niederschlesischen Bergbau aus diesen Mitteln Beihilfen gewährt werden sollen. Auch die vom Zentrum geforderten Maßnahmen zur Feststellung der Unfallursache und sofortige Beseitigung von Verhütungsmitteln wurden vom Ausschuss bewilligt. Der Ausschuss setzte dann die Beratung des sozialdemokratischen Antrages über die Pensionierung fort.

Annäherung in der Kopfsteuerfrage.

Berlin, 13. Juli. Die innerpolitische Situation hat sich im Laufe des Samstag nachmittag ein wenig entspannt. Reichsfinanzminister Dietrich hatte eine etwa zweistündige Besprechung mit den Führern der Regierungsparteien, in deren Vordergrund aber nicht die politische Lage als solche, also etwa die Anwendung des Artikels 18, sondern lediglich die Kopfsteuer stand. Man will nämlich nochmal versuchen, zwischen der Regierungspartei eine interne Verständigung über das Defizitprogramm herbeizuführen. In der Beziehung sind am Samstag auch gewisse Fortschritte erzielt worden. Die Deutsche Volkspartei hat erneut ihre Forderung aufrechterhalten, die

Kopfsteuer in das Programm aufzunehmen und mit den übrigen Steuern durch ein förmliches Junktim zu verbinden. Die Demokraten haben zwar noch Bedenken erhoben, immerhin aber auf die Einbringung ihres Antrags, der die Kopfsteuer mit der Schantzehrersteuer verknüpfen will, einstweilen verzichtet. Auch die Bayerische Volkspartei, die bisher ebenfalls der Kopfsteuer widersteht, scheint jetzt zu einer Verständigung bereit zu sein. Es ist also damit zu rechnen, daß sich die Regierungsparteien auf die Einbringung der Kopfsteuer in das Defizitprogramm einigen, und zwar in der Weise, daß diese Abgabe in die Reichshilfe eingetragt wird, die in neben dem Kopfsteuer auch Einkommensteuerverzinsung und Vermögenssteuer umfasst.

Die Beisetzungsfeierlichkeiten in Gausdorf.

Gausdorf, 13. Juli. Bereits in der 6. Morgenstunde frönten die Massen derjenigen, die den Opfern der Katastrophe in der Grube die letzte Ehre erweisen wollten, aus dem Waldenburger-Neuroder Bezirk hier zusammen. Ihre Zahl wird auf 15-20.000 geschätzt. Fast unübersehbare Reihen von Automobilen brachten Angehörige sowie Vertreter der Behörden und Körperschaften zum Friedhof. Für die Reichsregierung war Staatssekretär Dr. Weid, für die preussische Staatsregierung Oberbergbaupräsident Klemminger erschienen. Ferner waren anwesend Oberpräsident Büdeman mit den beiden Regierungspräsidenten von Breslau und Posen, der Vertreter des Kardinals Vertram, Beilart Lange, der Breslauer Generalsuperintendent D. Dr. Schian, Reichstagspräsident Lohde, der Schlichter der Provinz Niederschlesien, Oberpräsident Philipp, sowie der Vorsitzende des Provinziallandtages. Um 8 Uhr morgens begann die Trauerfeier, die nahezu 2 Stunden dauerte, mit einer Trauermusik sämtlicher Bergmannskapellen des Waldenburger-Neuroder Bezirkes. Darauf folgte die erstbeschießliche Generalbittet eine Messe, an die sich ein großes Requiem anschloß. Die Trauerreden wurden von den katholischen und evangelischen Ortsgeistlichen gehalten. Mit einem Chorgesang "Da unten ist Freude" wurde die von vielen Schmerzschreien unterbrochene Feier beendet. Während der Feier brachen viele Angehörige ohnmächtig zusammen. Nicht weniger als 50 Personen mußten schämgewaschen in der dem Friedhof gegenüber als Lazarett eingerichteten Scheune begnadet werden. Einige Fälle waren sogar ernster Natur. Auf den Zugangsstraßen zum Friedhof hatten die Neuroder Vereine Aufstellungen genommen. An ihnen vorbei wurden nach der Feier die auswärtigen Toten in ihre

Heimatgemeinden übergeführt. Die Särge wurden auf Bestattungswagen, die mit Trauerflor geschmückt waren, befördert, während die Angehörigen in Autobussen folgten. Jedem Zug schritten eine Bergmannskapelle und eine Abordnung mit zahlreichen Fahnen voraus. Den engeren Angehörigen folgten in schier unübersehbarer Lage die Freunde und Bekannten der Verstorbenen. Noch am Sonntag nachmittag erfolgte die Beisetzung in verschiedenen Heimstätten. In Gausdorf waren heute nur wenige Menschen, die nicht in Trauerkleidung waren.

Internationale Arbeitslosigkeit.

London, 13. Juli. MacDonald sprach sich auf einer Londoner Versammlung der Arbeiterpartei gegen die Ansichten aus, daß er eine Lösung des Arbeitslosenproblems im nationalen Rahmen für unmöglich halte. Das Problem der Arbeitslosigkeit sei kein rein englisches, er sei der Überzeugung, daß keine Nation dieses Problem allein lösen könne. Als Lösung müsse es daher bezeichnet werden, wenn man vorschlagen wolle, dem Arbeitslosenproblem durch Einführung von Schutzzöllen beizukommen. Die Wortführer des Empire-Trade-Verbandes verweigerten, daß bisher noch kein englisches Dominion seine Staatsmänner beauftragt habe, sich dafür einzusetzen, im Gegenteil, die Dominions entwickelten ihre Wirtschaft nach ihren eigenen nationalen Gesichtspunkten und man könne sie nicht dazu zwingen, eine wirtschaftliche Politik zu treiben, von deren Vorteilen sie nicht überzeugt sind. Die englische Regierung werde sich aber auf der Reichskonferenz im Verein bemühen, um zu wirtschaftlichen Vereinbarungen mit den Dominions zu gelangen.

Inferate heben den Umsatz!

Birkenfeld.

Großer Wein-Abschlag!

Wegen Geschäftsaufgabe verkaufe ich ab heute meine sämtlichen Weine um bedeutend billigere Preise.

1/2 Liter von 25 Pf. an. Ein Schorle 20 Pf. Karl Schner z. „Bären“.

Landw. Bezirksverein Neuenburg.

Nach der Mitteilung der landw. Winterschule Calw finden in den nächsten Tagen folgende Felderbegehungen und Besichtigungen statt:

Mittwoch, 16. Juli	Birkenfeld, Treffpunkt 8 Uhr am Rathaus.
Mittwoch, 16. Juli	Gräfenhausen, Treffpunkt 13 Uhr am Rathaus.
Donnerstag, 17. Juli	Feldbrennack, Treffpunkt 8 Uhr am Rathaus.
Donnerstag, 17. Juli	Neusah, Rotensol, Treffpunkt 13 Uhr am Rathaus in Neusah.
Freitag, 18. Juli	Loffenau, Treffpunkt 8 Uhr am Rathaus.
Sonntag, 20. Juli	Ottenhausen (Felderbegehung u. Besichtigung der Versuche des kleindäuerlichen Versuchstings), Treffpunkt 14 Uhr am Rathaus.

Die Landwirte und Interessenten werden zu diesen Felderbegehungen eingeladen und gebeten, sich recht zahlreich daran beteiligen zu wollen.

Neuenburg, den 11. Juli 1930.

Zwangsv-Versteigerung.

Mittwoch den 16. Juli 1930, vormittags 10 Uhr, versteigere ich in Haltestelle Engelsbrand öffentlich gegen Vorzahlung

ein Auto.

Zusammenkunft bei der Haltestelle. Versteigerung findet bestimmt statt.

Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Arbeitsvergebung.

Zu dem Neubau des Herrn Karl Harr, Schiefers in Conweiler, habe ich die

Mauer-, Zimmer-, Flischer-, Gipser-, Glaser-, Schreiner-, Schlosser-, Maler- und Tapezierarbeiten sowie die Installation der Wasser- und Lichtleitung in Akkord zu vergeben. Pläne und Arbeitsbeschreibungen liegen ab 12. bis einschl. 16. ds. Mts. beim Bauherrn zur gefl. Einsicht auf. Die Angebote wollen mit berechneter Endsumme verschlossen bis Donnerstag den 17. ds. Mts., abends 6 Uhr, daselbst abgegeben werden.

Pfingweiler, den 11. Juli 1930.

W. Gauß, Architekt.

Birkenfeld, 12. Juli 1930

Codes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Mann,

Eugen Müller,

nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden heute mittag 1/2 Uhr, im Alter von nahezu 37 Jahren sanft entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung findet Montag abend 1/7 Uhr statt.

Zwangsv-Versteigerung.

Am Dienstag den 15. Juli, nachm. 3 Uhr, kommt in Birkenfeld öffentlich gegen Vorzahlung zur Versteigerung:

Ein Sekretär.

Zusammenkunft am Rathaus.

Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

4-5 Zimmer-Wohnung

mit oder ohne Garten in Höfen oder Umgebung gesucht. Miete wird vorausbezahlt.

Angebote erbitte ich unter No. V 36 an die Engstaler-Geschäftsstelle.

Dr. iur. Reinhold Ekert
Regierungsrat

Emilie Ekert, geb. Kleinkamp
VERMÄHLTE

Neuenburg a. Enz
Bahnhofstraße

Pfaffenburg
Dankwirth, 14/71

Juli 1930

DAMENKONFEKTION

Wir kaufen große Posten

Sommer-Kleider

in schönen Farben u. bester Verarbeitung außergewöhnlich billig und verkaufen solche unter anderem zu folgenden

Sensations-Preisen:

Trachtenkleid gute Qualität	275	Gutes Waschkleid Kunstseide	195
Trachtenkleid extra große Weiten	550	Voile-Kleid mit Jacke moderne Blumenmuster	1375
Pullover ohne Ärmel	195	Toile de soie-Kleid reine Seide, moderne Streifen	1875
Trikot-Kleid Rock und Jumper	395	Servier-Kleider ohne Ärmel, mit Schürze	675
Trikolette-Kleid beste engl. Ware, wach- und lichtecht	480	Morgenröcke spazio Master	475
Ein Posten weiße Falten-Röcke	850	Ein Posten Wasch-Kinder-Kleider in verschiedenen Größen	295 195 95

Wronker

Pforzheim,
Nöbelsabrik-Verkaufsstelle
Kronenstraße 4 b. Schule.

Schlafzimmer

eiche, 180 cm breit, Schrank mit Innenspiegel, Büffel, Kredenz, eich. Ausziehtisch u. zu verkaufen.

Zahlungserleichterung.

Neues

Sauerkraut

empfiehlt

E. Lindemann

Neuenburg, Tel. 191.

Aus gutem Hause i. A. zu verkaufen:

Schönes Eichendüffel, 140 breit, 150 M., eich. Kredenz 60 M., Ausziehtisch 45 M., 4 Stühle 25 M., eich. Dipl.-Schreibtisch, eiche, 80 M., in Eiche 25 M., dito in Mahagoni 50 M., runder Tisch, Mahag., 35 M., Polsterbank 20 M., Büscheldivan 60 M., Schreibtischstuhl 15 M., Bett 50-70 Mark.

Schüttle,
jetzt Kronenstraße 4,
Pforzheim, beim Marktplatz.

U. Mulder & Co. Buchbinderei
Hilfort
Neuenburg, Tel. 4

Stempel

aller Arten